



Stark vor Ort!

**Für stabile kommunale Finanzen –
gegen schwarz-gelbe Austrocknung der Gemeinden**

Schwarz-Gelb schadet unseren Kommunen. Ob bundes- oder bayernweit - CSU, CDU und FDPbürden den Gemeinden immer neue Lasten auf und trocknen ihre Haushalte finanziell aus. Mit der geplanten Abschaffung der Gewerbesteuer gräbt ihnen Schwarz-Gelb zusätzliches Wasser ab.

Eine derart maßlose Belastung können die Kommunen nicht verkraften. Bereits jetzt können sie ihre Aufgaben kaum noch erfüllen. Immer mehr Gemeinden stehen vor dem Bankrott.

Die Kommunen und Gemeinden brauchen deshalb Hilfe. Wir dürfen nicht zulassen, dass ihnen weiter die Luft abgeschnürt wird. Denn sie sind das Fundament für ein funktionierendes Miteinander. Sie sind die Schlagader unserer Gesellschaft.

I. Die Forderungen

- 1. Die Gewerbesteuer muss erhalten und ausgebaut werden.** Es muss nicht nur allen Versuchen, die Gewerbesteuer auszuhöhlen, strikt Einhalt geboten werden, sondern auch eine höhere Stabilität der Gewerbesteuer erreicht werden. Dafür müssen die freien Berufe in die Steuerpflicht miteinbezogen werden. Maßnahmen aus dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz, die Unternehmer steuerlich entlasten, müssen zurückgenommen werden.

Angebliche Alternativen wie Zuschlagsmodelle auf Einkommensteuer, Beteiligung an der Körperschaftssteuer oder höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer, verschieben die Finanzierungslast der Kommunen auf die Bürgerinnen und Bürger. Sollte beispielsweise die Gewerbesteuer durch einen höheren Umsatzsteueranteil ausgeglichen werden, müsste der Mehrwertsteuersatz auf 30 Prozent steigen.

- 2. Der Freistaat Bayern muss die Verbundmasse für den kommunalen Finanzausgleich spürbar erhöhen.** Nur so ist gewährleistet, dass nicht auch in Bayern immer mehr Kommunen handlungsunfähig werden.

MUNDFUNK

K-03-2010

3. **Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, ein Soforthilfepaket für die Bayerischen Kommunen zu beschließen.** Hierbei sollen die Investitionsförderung und Investitionszuschüsse bis 2014 so erhöht werden, dass die oben beschriebene Vollbremsung bei den kommunalen Investitionen ausbleibt oder wenigstens deutlich abgemildert wird. Das ist eine Investition in Substanz und Infrastruktur und gut für die mittelständische Wirtschaft in Bayern.
4. **Die Kostenaufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muss zugunsten der Gemeinden geändert werden.** Das betrifft etwa die Grundsicherung im Alter, Kosten der Unterkunft, Eingliederungshilfe, Kinderbetreuung.
5. **Die Städtebauförderung muss nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden.** Die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt sind nicht hinnehmbar, sie kippen auch zahlreiche Projekte, die zu Integration und besseren Lebensbedingungen sozial schwächer gestellter beitragen.

II. Die momentane Lage

Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland leiden unter der größten Finanzkrise der Nachkriegsgeschichte. Nach einem Defizit von 7,2 Milliarden Euro im Jahr 2009 droht dieses Jahr ein Rekorddefizit von 15 Milliarden Euro. Die kommunalen Gebietskörperschaften werden fast 15 Prozent weniger Einnahmen haben als 2008, das sind 11,5 Milliarden Euro. Die Steuerschätzung von Mai 2010 erklärt die Städte zu den großen Verlierern: Sie sind im Vergleich zu ihrem Anteil am Steuertopf überproportional von den Mindereinnahmen betroffen und werden sich auch später erholen als Bund und Länder. Die schwarz-gelben Regierungen in Bund und Land verschließen davor die Augen und belasten die Kommunen weiter.

Schwerwiegend für die Kommunen fallen die geplanten Kürzungen in der Städtebauförderung aus: Die schwarz-gelbe Regierung will die Städtebauförderung auf 305 Millionen halbieren. Das geht direkt zu Lasten aller Menschen – nicht nur, weil weniger Geld für Fördermaßnahmen da ist. Sondern auch, weil jedem Euro, der vom Bund in die Städtebauförderung investiert wird, 8 Euro weiterer Investitionen folgen. Und weil darunter Projekte leiden, die den Zusammenhalt in allen Gesellschaftsschichten stärken.

Neben diesen Kürzungsplänen will Schwarz-Gelb die Abschaffung der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer ist immer noch die verlässlichste Einnahmequelle der Kommunen. Nur weil die Kommunen von der am dynamischsten wachsenden Steuer profitieren, sind sie überhaupt noch liquide, obwohl ihre Ausgaben ebenfalls steigen. Eine Abschaffung bewirkt in unseren Augen nur eines: Eine nicht hinnehmbare Lastenverschiebung von der Wirtschaft auf die Bürgerinnen und Bürger.

Für Bayern bedeutet weniger Geld auf allen Ebenen auch, dass die Bezirksumlagen im kommenden Jahr voraussichtlich um bis zu 5 Umlagepunkte steigen. Diese Mittel, die die Bezirke über Landkreise und kreisfreien Städte finanzieren, belasten wiederum die kommunalen Strukturen. Jeder Umlagepunkt geht direkt in die kommunalen Haushalte.

MUNDFUNK

K-03-2010

Seehofer versucht, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen – wie Stoiber 2003. Nur ist in Anbetracht der gesamtwirtschaftlichen Lage aktuell mit noch schlimmeren Auswirkungen zu rechnen als damals. Es ist geradezu kontraproduktiv, wenn der Freistaat an einem ausgeglichenen Haushalt festhält, denn den Konjunkturaufschwung kann man auch tot sparen. Nicht zu Unrecht wird Deutschland weltweit schief beäugt angesichts der Sparpläne. Die Binnenkonjunktur ist immer noch zu schwach, um einen längerfristigen Aufschwung zu gewährleisten. Wir fordern, dass der bayerische und der Bundeshaushalt nicht zu Sparhaushalten werden – wir wollen nicht, dass die Regierung den Aufschwung totspart.

III. Die Folgen

Die staatlichen Leistungen, die die Bürgerschaft wahrnimmt, werden fast ausschließlich von Städten bereitgestellt oder von ihnen durch Zuschüsse initiiert: Öffentlicher Nahverkehr, sozialer Wohnungsbau, Straßen, Kindergärten, Schulen, Bäder, Theater, Sportförderung, Feuerschutz und vieles mehr.

Erst die Summe all dieser Angebote schafft das, was wir alle zu Recht von der Bundesrepublik erwarten: einen modernen Sozialstaat. Kann dieses Angebot nicht aufrechterhalten werden, erodiert das Vertrauen in Staat und Demokratie, weil berechtigte Erwartungen nicht oder nur noch unzulänglich berücksichtigt werden.

Denn: Stabile Kommunal финанzen stabilisieren das Vertrauen in Staat und Gesellschaft.

Aus früheren Finanzkrisen kennen wir leider die idealtypischen Reaktionsmuster auf solche Einnahmerückgänge. Zunächst und bei unerwartet schlechten Einnahmeprogноsen erfolgt die Vollbremsung für noch nicht begonnene Investitionen und es wird beim Substanzerhalt der öffentlichen Infrastruktur gespart. In der Krise 2003 sind die öffentlichen Investitionen um rund ein Drittel zurückgegangen. Das droht auch diesem und den folgenden Jahren wieder. Damit werden die konjunkturellen Entzugseffekte durch zurückgehende Investitionstätigkeit ein Vielfaches des Konjunkturpaketes II betragen.

Denn: Stabile Kommunal финанzen sind das beste Konjunkturpaket.

An die Vollbremsung bei der Investitionstätigkeit schließen sich in der Regel klassische Konsolidierungspakete an, die über Kosteneinsparungen, Gebühren- und Steuererhöhungen und das Reduzieren und den Wegfall von Angeboten versuchen, die Haushalte zu entlasten.

In der Praxis funktioniert das nicht: Es wird in nahezu keinem öffentlichen Haushalt gelingen, die Steuermindereinnahmen durch Konsolidierung auch nur annähernd auszugleichen. Und nahezu alle Maßnahmen kommunaler Konsolidierungspakete haben eine Regressionswirkung, sie belasten also private Haushalte mit niedrigen Einkommen stärker als die mit hohen.

Denn: Stabile Kommunal финанzen sichern soziale Gerechtigkeit.

Kommunen garantieren soziale Leistungen. Darauf müssen sich die Bürgerinnen und Bürger weiterhin verlassen können. Es sind aber eben diese sozialen Aufgaben, die 2009 die Hälfte des Defizits von 7,2 Milliarden Euro in den kommunalen Haushalten beigetragen haben. Die Finanzierung der Sozialausgaben muss gewährleistet sein – damit soziale Gerechtigkeit Realität wird.